

Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm

Soziale Träger rufen zu einer Protestveranstaltung am 21. Oktober auf.

VON ALEXANDER RIEDEL

SOLINGEN Der Begriff „Kippunkt“ fand zuletzt in öffentlichen Diskussionen immer öfter Verwendung. Meist ging es darin um den Klimawandel und die Angst vor der Schwelle, jenseits derer sich dramatische Veränderungen nicht mehr aufhalten lassen. Vor einem solchen „Kippunkt“ sehen sich aber derzeit auch die Träger sozialer Angebote. Denn die beklagen eine unheilvolle Melange aus steigenden Kosten durch hohen Energiepreise und die diesjährigen Tarifabschlüsse bei gleichzeitig mangelnder Finanzierung durch die öffentliche Hand.

„Seit diesem Jahr beschleunigen sich Prozesse von selbst, geraten außer Kontrolle und sind nicht mehr rückgängig zu machen, wenn das Land NRW als wesentlicher Fördermittelgeber nicht schnellstmöglich die Finanzierung den Tarifabschlüssen 2023 anpasst“, zeichnet Ulrike Kilp, Geschäftsführerin des Diakonischen Werks des Evangelischen Kirchenkreises in Solingen, ein düsteres Bild der Situation. Um 14 Prozent seien die Personalkosten gestiegen – und im März 2024 kommt der

nächste Aufschlag mit der Erhöhung um 200 Euro und dann noch einmal 5,5 Prozent. „Spätestens dann werden Träger Liquiditätsprobleme bekommen und vor der Überschuldung stehen“, warnt Kilp.

Schon jetzt führe das finanzielle Ungleichgewicht zu Einschränkungen, ergänzt Dr. Christoph Humburg, Direktor des Caritasverbands Wuppertal/Solingen. Der etwa müsse bereits an einigen Schulen die Frühbetreuung im offenen Ganztage einstellen. Aber auch andere Angebote der Eckpfeiler Bildung, Soziales und Gesundheit seien gefährdet – und das in Zeiten, in denen der Bedarf an Hilfsprogrammen steige. Die Anfragen an die Schuldnerberatung der Diakonie seien zum Beispiel explosionsartig angewachsen, berichtet Ulrike Kilp.

Vor allem die Düsseldorfer Landregierung sieht man bei der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, zu der neben Caritas und Diakonie auch Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, jüdischer Wohlfahrtsverband und Paritätischer gehören, in der Pflicht. Zwar hätten die Mittel aus dem Stärkungspakt NRW in diesem Jahr

kurzfristig auch die befristete Einstellung dringend gebrauchten Personals ermöglicht. Aber nach dem 31. Dezember endet die Förderung.

Ulrike Kilp ordnet das Missverhältnis zwischen Zuwendungen und Bedarf anhand der Kindertagesstätten ein: Für das kommende Kita-Jahr habe das Landeskabinett eine zusätzliche Finanzspritze von 100 Millionen Euro beschlossen. Gebraucht würde aber eigentlich der dreifache Betrag.

Nun wollen die Träger, die Bevölkerung mobilisieren: Gemeinsam mit dem Forum Jugend und Soziales Solingen ruft die AG Freie Wohlfahrtspflege für kommenden Samstag, 21. Oktober, um 12 Uhr zu einer Protestveranstaltung auf: Unter dem Motto „Solingen bleibt sozial! Wir sind am Limit!“ wollen die Beteiligten vom Rathaus zum Fronhof ziehen. „Die Situation“, betont Nurten Öztürk von der AG Freie Wohlfahrtspflege, „betrifft die ganze Gesellschaft.“ Schon am Donnerstag, 19. Oktober, um 11.55 Uhr findet unter dem Motto „Es ist 5 vor 12“ eine Kundgebung der Wohlfahrtsträger vor dem Düsseldorfer Landtag statt.